



Bezirkshauptmannschaft Murtal

Homepage BH Murtal

Bearb.: Mag. Verena Sundl  
Tel.: +43 (3572) 83201-211  
Fax: +43 (3572) 83201-550  
E-Mail:  
bhmt\_anlagenreferat@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte  
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: BHMT-48273/2015-53

Judenburg, am 05.09.2025

Ggst.: RESSENIG Fahrzeugbau GmbH, KG Raßnitz; Errichtung  
Gaselager, Nutzung einer Lagerfläche im 1. OG der  
Fertigungshalle, Errichtung einer Ladestation für  
Elektrogabelstapler und Hinzunahme diverser Maschinen und  
Geräte auf dem Grst. Nr. 792/2 in 8723 Kobenz

## Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung

In folgender Angelegenheit wird eine mündliche Verhandlung anberaumt:

Die Firma Ressenig Fahrzeugbau GmbH, 9500 Villach, St. Martiner Straße 124, hat um die **gewerbebehördliche Genehmigung für die Errichtung eines Gaselagers, einer Lagerfläche samt Ladestation für Elektrogabelstapler im 1. OG der Fertigungshalle sowie die Hinzunahme diverser Einrichtungen, Maschinen und Geräte als Änderung der bestehenden Betriebsanlage am Standort 8724 Kobenz, Gewerbestraße 4, auf dem GrstNr. 792/2, KG. Raßnitz, angesucht.**

**Ort: Ort und Stelle (8724 Kobenz, Gewerbestraße 4)**

**Datum: Donnerstag, den 25. September 2025      Zeit: 09.00 Uhr**

Verhandlungsleiterin: **Mag. Verena Sundl**

Mit freundlichen Grüßen  
Die Bezirkshauptfrau i.V.

Mag. Verena Sundl  
(elektronisch gefertigt)

**Beteiligte** können persönlich zur Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte entsenden oder gemeinsam mit ihrem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bevollmächtigter/Bevollmächtigte kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der/Die Bevollmächtigte eines/einer Beteiligten muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten. Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn sich der/die Beteiligte durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (zB einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhandler/eine Wirtschaftstreuhandlerin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lässt,
- wenn der/die Bevollmächtigte des/der Beteiligten seine/ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn sich der/die Beteiligte durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lässt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn der/die Beteiligte gemeinsam mit seinem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommt.

Die für das Verfahren eingereichten Pläne und sonstigen Behelfe liegen bis zum Tage der Augenscheinsverhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Murtal, Zimmer-Nr. 202, 2. Geschoß, während der Amtsstunden zur Einsichtnahme durch Beteiligte auf. Um vorherige Terminvereinbarung wird gebeten.

**Beteiligte** verlieren ihre Parteistellung, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei uns oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein.

Wenn ein Beteiligter/eine Beteiligte jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und ihn/sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, kann er/sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das ihn/sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Eine längere Ortsabwesenheit stellt kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar.

**Rechtsgrundlage:** §§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG  
§§ 81 und 356 Gewerbeordnung 1994 - GewO

**Ergeht an:**

1. Öffentliche Bekanntmachung durch Anschlag an der Amtstafel und Verlautbarung auf der Homepage der Bezirkshauptmannschaft Murtal.